FRAGEBOGEN

Stellungnahme eingereicht durch:

Kanton: ☒	Verband, Organisation, Übrige: ☐
Absender: Regierungsrat des Kantons Uri, Rathausplatz 1, 6460 Altdorf	
<p><u>Allgemeine Bemerkung:</u> Usanzgemäss lädt das ASTRA neben den Kantonsregierungen (und äusserst zahlreichen privaten Verbänden) auch unzählige nachgeordnete kantonale Stellen zur Stellungnahme ein. Der Regierungsrat des Kantons Uri würde es begrüessen, wenn bei künftigen Anhörungs- oder Vernehmlassungsverfahren er nur noch zentral über die Staatskanzlei angesprochen würde. Es ist nämlich Sache des Kantons, dass er die für die Sachgebiete zuständigen kantonsinternen Stellen in seine Meinungsbildung einbezieht. Indem das ASTRA die Kantone direkt über die Staatskanzlei anspricht, erspart sie sich den Aufwand für den unnötigen Versand und erleichtern den Kantonen die interne Koordination erheblich. Das ASTRA wird deshalb freundlich gebeten, dies künftig zu beachten.</p>	

1. Änderung der Verkehrszulassungsverordnung (VZV; SR 741.51)

1. Bewilligung für die Durchführung von verkehrsmedizinischen Fahreignungsuntersuchungen		
1.1 Sind Sie einverstanden, dass verkehrsmedizinische Fahreignungsuntersuchungen nur noch von Ärzten und Ärztinnen mit einer entsprechenden Bewilligung durchgeführt werden dürfen (Art. 47 Abs. 1)?		
☐ JA	☒ NEIN	☐ keine Stellungnahme / nicht betroffen
<p>Bemerkungen:</p> <p>Grundsätzlich ist festzuhalten, dass diese Vorgaben in den Kantonen nebst zusätzlichen personellen Ressourcen auch Investitionen in die kantonalen Zulassungsapplikationen (IT) zur Folge haben werden. Über die Anzahl neuer Stellen beziehungsweise Kosten können erst nach weiteren Abklärungen mit den involvierten Organisationen (z. B. FMH, SGRM usw.) konkrete Aussagen gemacht werden. Bereits aufgenommene Gespräche mit den Organisationen zeigen auf, dass einer interkantonal einheitlichen Umsetzung – insbesondere der Bewilligungs- und Fortbildungspflicht für Ärztinnen und Ärzte der Stufe 1 – noch nicht als realistisch bezeichnet werden kann</p> <p>Die Bewilligungs- und Fortbildungspflicht für Ärztinnen und Ärzte der Stufe 1 wird abgelehnt. Die Bewilligungs- und Fortbildungspflicht für Ärztinnen und Ärzte der übrigen Stufen soll eingeführt werden.</p> <p>Das vorgesehene Verfahren ist im Bereich der <i>periodischen Altersuntersuchungen (> 70 Jahre)</i> erscheint uns völlig übertrieben und verursacht Kosten, deren Nutzen im Bereich der Verkehrssicherheit wir in keinem Verhältnis sehen.</p> <p>In den nächsten Jahren wird die Zahl der über 70-jährigen Fahrzeuglenkerinnen und -lenkern massiv zunehmen. Eine Bewilligungspflicht führt möglicherweise dazu, dass nicht mehr alle Hausärztinnen und Hausärzte die Fahreignung von Senioren überprüfen können und wollen. Zudem gibt es tendenziell zukünftig weniger Hausärztinnen und Hausärzte und diese haben primär die Grundversorgung sicherzustellen. Der stark steigenden Nachfrage wird also eine künstliche Verknappung des Angebots gegenüber gestellt, was speziell bei uns in ländlichen Kantonen dazu führen wird, dass diese präventiv sehr wichtige Aufgabe nicht mehr erfüllt werden kann.</p> <p>Im Kanton Uri können Hausärzte seit jeher Untersuchungen an den Kantonsarzt und dieser in einem Zweifelsfall an einen Vertrauensarzt mit verkehrsmedizinischer Weiterbildung delegieren, wenn der Verdacht auf verkehrsmedizinische relevante Erkrankungen besteht. Dieses Vorgehen hat sich bewährt, da es die primäre Verantwortung beim behandelnden Arzt lässt und ihm aber gleichzeitig die Möglichkeit gibt, bei Interessenkonflikten den Entscheid zu delegieren. Wir sehen es als einen gangbaren Lösungsansatz, wenn die Zulassungsstellen gemeinsam mit den Kantonsärzten dafür besorgt sein müssen, den Hausärzten die Möglichkeit zu bieten, ihre Patienten an speziell ausgebildete Vertrauensärzte mit einer laufenden verkehrsmedizinischen Weiterbildung zuzuweisen.</p> <p>Für die Ärzte mit einer Berufsausübungsbewilligung sind die Voraussetzungen nach Artikel 48 Absatz 1 Buchstabe a erfüllt und eine weitere Bewilligung ist nicht notwendig. Auf Buchstabe b ist zu verzichten.</p>		

FRAGEBOGEN

	1.2 Sind Sie mit der Einteilung der Bewilligung in die Stufen 1, 2, 3 und 4 einverstanden (Art. 47 Abs. 2 i.V.m. Art. 11a Abs.1 und 2 und Art. 11b Abs. 1 Bst. a und c sowie Art. 29a Abs. 1 Bst. a)?	
	☐ JA	☒ NEIN
	☐ keine Stellungnahme / nicht betroffen	
	<p>Bemerkungen:</p> <p>Wir beantragen im Sinne der Bemerkungen zu Artikel 47 Absatz 1 (vgl. oben Ziffer 1.1), dass auf die Bewilligungsstufe 1 vollständig verzichtet wird.</p> <p>Die Bewilligungsstufen 2 und 3 sollten unseres Erachtens sinnvollerweise zusammengefasst werden.</p>	
	1.3 Sind Sie mit den Erteilungsvoraussetzungen einverstanden (Art. 48)?	
	☐ JA	☒ NEIN
	☐ keine Stellungnahme / nicht betroffen	
	<p>Bemerkungen:</p> <p>Gemäss den Ausführungen unter Ziffer 1.1 ist auf eine Bewilligungs- und Fortbildungspflicht der Stufe 1 zu verzichten. Die inhaltlichen Anforderungen an die Fortbildungen für die Stufen 2 und 3 sind klar zu definieren.</p> <p>Die Festlegung, wer welche Bedingungen (Kurse, Kursinhalte usw.) zu erfüllen hat, muss den Fachorganisationen (z. B. FMH, SGRM usw.) überlassen werden. Es muss verhindert werden, dass sich die kantonalen Zulassungsstellen diese Kompetenzen anzueignen haben.</p> <p>Anstelle einer Bewilligungspflicht könnte man wohl auch mit einer Registrierungspflicht der Ärzte aller Stufen, die in diesem Bereich tätig sein wollen, Vorlieb nehmen. Ein solches Verzeichnis muss öffentlich zugänglich und (sollte auf die Bewilligungs- und Fortbildungspflicht der Ärzte der Stufe 1 nicht verzichtet werden) gerade für Seniorinnen und Senioren auch in Papierform vorhanden sein, da jeder Lenker für sich zu entscheiden hat, bei welchem Arzt sie oder er sich untersuchen lassen will.</p> <p>Eine solche Registrierungspflicht ermöglicht für alle Kantone im Bereich der Stufe 1, ihr aktuelles Vorgehen der Fahreignungsuntersuchungen einzubringen und weiter zu entwickeln bzw. zu qualifizieren. Regionale Eigenheiten (Altersstrukturen, Hausarzt- und Bevölkerungsdichte usw.) könnten auf diese Weise individuell und in der Verantwortung der Kantone berücksichtigt werden.</p>	
	1.4 Sind Sie mit der Befristung der Bewilligung und den Voraussetzungen für die Verlängerung der Gültigkeitsdauer einverstanden (Art. 49 Abs. 2 und Art. 50)?	
	☒ JA	☐ NEIN
	☐ keine Stellungnahme / nicht betroffen	
	<p>Bemerkungen:</p> <p>Der Aufbau einer Bewilligungs- bzw. Registrationsadministration für die Stufe 1 (mehr als 10'000 Ärzte) verursacht Kosten, die zum heutigen Zeitpunkt noch nicht abgeschätzt werden können. Nach dem vorliegenden Vorschlag würden diese Kosten vollumfänglich den Kantonen, welche diese im Rahmen von Gebühren den Ärzten oder den Fahrzeuglenkenden belasten dürften, überwälzt. Einem solchen Anliegen mit noch unbestimmten Kostenfolgen kann nicht zugestimmt werden.</p> <p>Vorausgesetzt die Bewilligungs- und Fortbildungspflicht für Ärzte der Stufe 1 entfällt, kann für die Stufen 2 bis 4 aufgrund der geringeren Anzahl Ärzte eine einfachere Lösung für die Bewilligungs- bzw. Registrationsadministration gefunden werden.</p>	
	1.5 Sind Sie mit dem Verfahren nach einem nicht eindeutigen Ergebnis einer verkehrsmedizinischen Fahreignungsuntersuchung einverstanden (Art. 11a ^{bis} und Art. 27 ^{bis})?	
	☒ JA	☐ NEIN
	☐ keine Stellungnahme / nicht betroffen	
	<p>Bemerkungen:</p> <p>In Artikel 27^{bis} Absatz 2 E-VZV sollte angegeben werden, auf welchen Absatz von Artikel 27 referenziert wird, weil dort eine Buchstabenunterteilung in mehr als einem Absatz vorkommt.</p>	

FRAGEBOGEN

	1.6 Sind Sie einverstanden, dass bei Fahren in angetrunkenem Zustand mit einer Blutalkoholkonzentration von 1,6 Gewichtspromille oder mehr die kantonale Behörde die betreffende Person zur Fahreignungsuntersuchung an einen Arzt oder eine Ärztin mit einer Bewilligung der Stufe 4 weist (Art. 29a Abs. 1 Bst. a)?	
	☒ JA	☐ NEIN ☐ keine Stellungnahme / nicht betroffen
	Bemerkungen:	
	1.7 Sind Sie mit dem Übergangsrecht einverstanden (Art. 151i Abs. 5)?	
	☐ JA	☒ NEIN ☐ keine Stellungnahme / nicht betroffen
	Bemerkungen:	
	<p>Die Einführung dieser VZV-Revision auf 1. Januar 2014 ist für die Leistungserbringer der Fachapplikationen zu kurzfristig. Auch die Strassenverkehrsämter können diese Neuerungen (beispielsweise neu nur noch zwei medizinische Gruppen) unmöglich auf den 1. Januar 2014 einführen mit allen notwendigen Vorbereitungen und EDV-Anpassungen samt den notwendigen Tests. Somit ist das Inkrafttreten dieser VZV-Revision auf den 1. Juli 2015 (ohne weitere Übergangsfrist) zu verschieben. Dies setzt voraus, dass der Bundesrat noch dieses Jahr die Änderungen in der Verkehrszulassungsverordnung beschliesst.</p> <p>Insbesondere müssen, wenn an der Bewilligungs- und Fortbildungspflicht für die Stufe 1 festgehalten wird:</p> <ul style="list-style-type: none"> • mehr als 10'000 Hausärzte schweizweit durch eine SGRM-Fortbildung geschleust werden; • diese Fortbildungen einen noch zu definierenden Qualitätsstandard erfüllen; • diese Fortbildungen von den kantonalen Behörden geprüft werden; • die entsprechenden Bewilligungen erteilt werden; • eine nationale Datenbank aufgestellt werden, damit die Bewilligungen von den Behörden und den betroffenen Personen überprüft werden können. <p>So ist ein Inkrafttreten frühestens auf 1. Juli 2015 zweckmässig.</p>	

2. Bewilligung für die Durchführung von verkehrspsychologischen Fahreignungsuntersuchungen		
	2.1 Sind Sie einverstanden, dass verkehrspsychologische Fahreignungsuntersuchungen nur noch von Psychologen und Psychologinnen mit einer entsprechenden Bewilligung durchgeführt werden dürfen (Art. 52 Abs. 1)?	
	☒ JA	☐ NEIN ☐ keine Stellungnahme / nicht betroffen
	Bemerkungen:	
	Es wird vorausgesetzt, dass die entsprechende Fachorganisation den Aus- und Weiterbildungsanforderungen definiert und die entsprechende Qualitätssicherung derselben betreibt.	
	2.2 Sind Sie mit den Erteilungsvoraussetzungen einverstanden (Art. 52 Abs. 2)?	
	☒ JA	☐ NEIN ☐ keine Stellungnahme / nicht betroffen
	Bemerkungen:	
	2.3 Sind Sie mit der Befristung der Bewilligung und den Voraussetzungen für die Verlängerung der Gültigkeitsdauer einverstanden (Art. 53 Abs. 2 und Art. 54)?	
	☒ JA	☐ NEIN ☐ keine Stellungnahme / nicht betroffen
	Bemerkungen:	

FRAGEBOGEN

2.4 Sind Sie mit dem Übergangsrecht einverstanden (Art. 151i Abs. 6 und 7)?		
☐ JA	☒ NEIN	☐ keine Stellungnahme / nicht betroffen
Bemerkungen: Zum Inkrafttreten und zur Übergangsfrist ist auf die Bemerkungen in Ziffer 1.7 zu verweisen, die hier analog gelten.		

3. Anhang 1		
3.1 Sind Sie mit der Einteilung in zwei medizinische Gruppen einverstanden?		
☒ JA	☐ NEIN	☐ keine Stellungnahme / nicht betroffen
Bemerkungen:		
3.2 Sind Sie inhaltlich mit den Mindestanforderungen einverstanden?		
☒ JA	☐ NEIN	☐ keine Stellungnahme / nicht betroffen
Bemerkungen:		

4. Sind Sie mit den vorgeschlagenen Änderungen des Anhangs 2 einverstanden?		
☒ JA	☐ NEIN	☐ keine Stellungnahme / nicht betroffen
Bemerkungen:		

5. Sind Sie mit den vorgeschlagenen Änderungen des Anhangs 3 einverstanden?		
☒ JA	☐ NEIN	☐ keine Stellungnahme / nicht betroffen
Bemerkungen:		

6. Sind Sie einverstanden, dass das Ergebnis einer augenärztlichen Untersuchung neu auf dem Formular nach Anhang 3a dokumentiert werden muss (Art. 11a Abs. 3 und Art. 27 Abs. 5)?		
☒ JA	☐ NEIN	☐ keine Stellungnahme / nicht betroffen
Bemerkungen:		

7. Sind Sie mit den vorgeschlagenen Änderungen des Anhangs 4 Ziffern 4, 5 und 6 einverstanden?		
☒ JA	☐ NEIN	☐ keine Stellungnahme / nicht betroffen
Bemerkungen:		

FRAGEBOGEN

8. Ausstellung des unbefristeten Führerausweises		
Sind Sie mit der Verlängerung der Frist zum Nachholen der Weiterausbildung für die Inhaber und Inhaberinnen eines Führerausweises auf Probe einverstanden (Art. 24b Abs. 2)?		
☐ JA	☒ NEIN	☐ keine Stellungnahme / nicht betroffen
Bemerkungen: Wir möchten an der jetzigen Regelung (3-monatige Nachfrist) festhalten. Wenn jemand nach drei Jahren noch immer keine Weiterbildung absolviert hat und nochmals zwei Jahre warten darf, so bedeutet dies einen massiven Unterbruch im Sammeln praktischer Fahr-Erfahrung.		

9. Führerausweise für Personen mit Wohnsitz im Ausland		
Sind Sie mit der vorgeschlagenen Änderung einverstanden (Art. 24h)?		
☒ JA	☐ NEIN	☐ keine Stellungnahme / nicht betroffen
Bemerkungen:		

10. Sind Sie mit der vorgeschlagenen Änderung des Anhangs 12 Ziffer V einverstanden?		
☒ JA	☐ NEIN	☐ keine Stellungnahme / nicht betroffen
Bemerkungen:		

11. Haben Sie Bemerkungen zu den übrigen vorgeschlagenen Änderungen?	
	<p>Artikel 27^{ter} E-VZV: Die Behörden werden dadurch aufgefordert, auch bei klaren Resultaten der Erstuntersuchung Zweit- und eventuell Drittuntersuchungen durchzuführen, bevor ein Entscheid ergeht. Damit werden diese Verfahren nicht nur viel aufwändiger zu führen sein, sondern sie werden - was schwerer wiegt - dazu führen, dass medizinisch nicht fahrgereignete Personen noch länger am motorisierten Strassenverkehr teilnehmen können, als eigentlich verantwortbar wäre. Wir beantragen deshalb, auf diese Bestimmung ersatzlos zu verzichten.</p> <p>Artikel 27^{quater} E-VZV: Wir beantragen Artikel 27^{quater} ersatzlos zu streichen. Absatz 1 ist widersprüchlich. Eine Ausnahme zu den medizinischen Mindestanforderungen nach Anhang 1 kann bereits heute nur ein Arzt der Stufe 4, mit entsprechenden Auflagen, bewilligen. Stellt dieser Arzt fest, dass diese Anforderungen nicht erfüllt sind, kann nicht ein Arzt der tieferen Stufe 3 seinerseits die Fahreignung mit Auflagen befürworten. Absatz 2, 1. Satz, ist überflüssig. Der Führerausweis kann schon heute nach verwaltungsrechtlichen Grundsätzen mit Auflagen belegt werden. Diese Praxis wird vom Bundesgericht geschützt und hat bisher keine Probleme verursacht. Die Aufzählung in Absatz 2, 2. Satz, ist überflüssig und führt zu falschen Erwartungen. Die allermeisten Fahreignungsmängel bilden unabhängig von Ort, Zeit, Strassentyp und Fahrzeugart ein Risiko für die Verkehrssicherheit. Führerausweise können und werden bereits heute mit den namentlich aufgeführten und weitergehenden Beschränkungen versehen werden, wo es medizinisch verantwortbar ist.</p> <p>Artikel 29b E-VZV Wir lehnen diese "halbanonymen" Verfahren aus grundsätzlichen Überlegungen ab. Es besteht die Gefahr, dass durch diese Formulierung insbesondere durch die Gewährung von Anonymität ein grosses Geschäftsfeld im Administrativbereich eröffnet wird. Dabei stellt sich die Frage, ob der Beitrag zur Verkehrssicherheit wirklich so gross sein wird. Vielmehr muss die Behörde von nun an allen Verleumdungsversuchen an ungeliebten Nachbarn nachgehen. Sicherlich wird damit der eine oder andere nicht mehr fahrgereignete Lenker ermittelt werden können - aber zum Preis von wahrscheinlich unzähligen, unberechtigt verfolgten Fahrzeuglenkern. Gerade in diesen Fällen ist auch die Regelung der Kostenfolgen wesentlich. Die kantonalen Behörden können in diesen Fällen entstehende Kosten weder vorschliessen oder generell für die entstehenden Aufwände einstehen.</p>

FRAGEBOGEN

2. Änderung der Verkehrsregelverordnung (VRV; SR 741.11)

1. Sind Sie mit den Änderungen betreffend das Verbot, unter Alkoholeinfluss zu fahren, einverstanden (Art. 2a)?		
☒ JA	☐ NEIN	☐ keine Stellungnahme / nicht betroffen
Bemerkungen:		

2. Verwendung der Lichter während der Fahrt		
2.1 Sind Sie mit den Bestimmungen betreffend Lichtobligatorium und insbesondere mit den Ausnahmen einverstanden (Art. 30 Abs. 1 und 2)?		
☐ JA	☒ NEIN	☐ keine Stellungnahme / nicht betroffen
Bemerkungen: Wir erachten es aber der Sicherheit wenig zuträglich, wenn Ausnahmen anhand der Erstinverkehrsetzung vorgesehen werden. Beleuchtungsvorrichtungen waren schon längst vor dem 1. Januar 1970 obligatorisch, da entsprechende Fahrzeuge oft langsamer fahren und dadurch ohne Beleuchtung ein erhöhtes Risiko darstellen können. Das Lichtobligatorium soll konsequenterweise für alle mit Licht ausgerüsteten Fahrzeuge gelten (ausgenommen Velos und Mofas).		
2.2 Sind Sie mit Artikel 30 Absatz 3 und insbesondere dem Verzicht auf die Benützung der Fernlichter innerorts einverstanden?		
☐ JA	☒ NEIN	☐ keine Stellungnahme / nicht betroffen
Bemerkungen: Die bisherige Regelung wird als ausreichend beurteilt. Eine weitere Verschärfung beurteilen wir als unangebracht und ohne nachhaltige Wirkung für die Verkehrssicherheit. Die unterbreitete Regulierung vermeidet den "gesunden Menschenverstand" walten zu lassen beim Führen eines Motofahrzeugs.		
2.3 Sind Sie mit Artikel 30 Absatz 4 und insbesondere dem Verzicht auf die metermässige Festlegung der maximalen Sichtweite bei der Verwendung der Nebellichter und Nebelschlusslichter einverstanden?		
☐ JA	☒ NEIN	☐ keine Stellungnahme / nicht betroffen
Bemerkungen: Man gibt zu bedenken, dass der Missbrauch zunehmen wird. Der unbestimmte Rechtsbegriff "erheblich" bedarf der Auslegung respektive näheren Klärung, ansonsten die Judikative mit unzähligen Rechtsfällen zur Entscheidung "eingedeckt" wird. Dies wäre ein Rückschritt zur heute bestehenden Regelung.		

3. Sind Sie mit der Beleuchtungsregelung für abgestellte Fahrzeuge einverstanden (Art. 31)?		
☒ JA	☐ NEIN	☐ keine Stellungnahme / nicht betroffen
Bemerkungen: Vereinfachung		

4. Sind Sie mit Artikel 32, insbesondere damit, dass sowohl die Arbeitslichter als auch die Suchlampen nur verwendet werden dürfen, wenn sie für die entsprechende Tätigkeit unerlässlich sind, einverstanden?		
☒ JA	☐ NEIN	☐ keine Stellungnahme / nicht betroffen
Bemerkungen: Vereinfachung		

FRAGEBOGEN

5. Sind Sie mit der Neuformulierung von Artikel 39 Absatz 2 einverstanden?		
☒ JA	☐ NEIN	☐ keine Stellungnahme / nicht betroffen
Bemerkungen:		

3. Änderung der Fahrlehrerverordnung (FV; SR 741.522)

Sind Sie mit den Änderungen der FV einverstanden?		
☒ JA	☐ NEIN	☐ keine Stellungnahme / nicht betroffen
Bemerkungen:		

4. Änderung der Verordnung über die Beförderung gefährlicher Güter auf der Strasse (SDR; SR 741.621)

Sind Sie mit der Verschiebung des Alkoholverbots in die VRV und der Aufhebung des Artikels 10 Absatz 2 einverstanden?		
☒ JA	☐ NEIN	☐ keine Stellungnahme / nicht betroffen
Bemerkungen:		

5. Änderung der Verordnung über die technischen Anforderungen an Strassenfahrzeuge (VTS; SR 741.41)

Sind Sie mit den Anpassungen der VTS einverstanden?		
☒ JA	☐ NEIN	☐ keine Stellungnahme / nicht betroffen
Bemerkungen:		
<p>Artikel 211 Absatz 3 E-VTS: Hier kann im ersten Satz "..., ausgenommen kleine Stosskarren, ..." gestrichen werden, da die Ausnahmeregelung für kleine Stosskarren im letzten Satz ausdrücklich angeführt wird.</p> <p>Artikel 216 Absatz 1 E-VTS: Hier wird weiterhin ein nach hinten rot leuchtendes, ruhendes Licht vorgeschrieben. In der Praxis werden aber mehrheitlich blinkende Lichter verwendet. U. E. spricht aus Sicht der Verkehrssicherheit nichts dagegen, dass hier die Vorschrift dieser Praxis angepasst wird. Bei den Elektro-Fahrrädern sollte eine feste Beleuchtung verlangt werden</p>		

6. Änderung der Strassenverkehrskontrollverordnung (SKV; SR 741.013)

Sind Sie mit den Änderungen der SKV einverstanden?		
☒ JA	☐ NEIN	☐ keine Stellungnahme / nicht betroffen
Bemerkungen:		

FRAGEBOGEN

7. Änderung der Ordnungsbussenverordnung (OBV; SR 741.031)

1. Sind Sie mit der Anpassung der OBV betreffend „Nichtmitführen des Fahrerqualifizierungsnachweises“ (Ziffer 100.7) einverstanden?		
☒ JA	☐ NEIN	☐ keine Stellungnahme / nicht betroffen
Bemerkungen:		

2. Sind Sie mit den Anpassungen der OBV betreffend „Fahren ohne Licht tagsüber“ und "Fahren mit Tagfahrlicht" (Ziffern 323.1 und 324) einverstanden?		
☒ JA	☐ NEIN	☐ keine Stellungnahme / nicht betroffen
Bemerkungen:		

8. Änderung der Verkehrsversicherungsverordnung (VVG; SR 741.31)

Sind Sie mit den Änderungen der VVG einverstanden?		
☒ JA	☐ NEIN	☐ keine Stellungnahme / nicht betroffen
Bemerkungen:		

9. Änderung der Weisungen vom 19. März 2002 über besondere Markierungen auf der Fahrbahn

Sind Sie mit der Änderung der Weisungen (Ziff. 5a) einverstanden?		
☐ JA	☒ NEIN	☐ keine Stellungnahme / nicht betroffen
Bemerkungen: Nur einzelne farbliche Gestaltungen von Strassenoberflächen (bis heute "vielfältig" eingesetzt aber nicht als gesetzliche Norm- oder Markierung) in die Markierungsvorschriften einzubetten ist nicht ausreichend. Vielmehr sollte die farbliche Gestaltung von Strassenoberflächen als Gesamteinheit in die gesetzlichen Norm- oder Markierungsvorschriften eingebunden werden, um den heutigen "Wildwuchs" auf den Strassen zu vermeiden.		